

In der Diskussion um den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird die Diskussion immer heftiger. Meines Erachtens sehen viele „altbewährte“ Grundprinzipien und -positionen in Gefahr. Doch waren z.B. pazifistische und antimilitaristische Positionen nie von Unterwerfung unter einen Aggressor bestimmt.

Gewaltfreiheit heißt nicht, sich alles antun zu lassen.

Irgendwie fühle ich mich in die Situation eines Kriegsdienstverweigerers aus den 1970er Jahren versetzt: „Was würden sie tun, wenn sie eine Pistole hätten und einer wollte ihre Freundin vergewaltigen?“, so eine Fangfrage wurde einem gestellt. Die Situation heute ist gerade umgekehrt.

Den folgenden Text möchte ich analysieren, da ich es für wichtig halte, genauer inhaltlich und formal in der Diskussion über den Angriffskrieg Russlands zu reden und zu schreiben. Es ist oft ziemlich unseriös, wie das Thema verhandelt wird und wie von vielen argumentiert wird. Es geht in der Argumentation häufig um Gefühle und Eindrücke, auch wird verschleiert und es gibt argumentative Widersprüche und Relativierungen. Vor allem wird von zumeist von außen argumentiert und die Betroffenen werden in ihren Willensäußerungen und Einschätzungen nicht wahrgenommen.

Meine Kommentare sind blau, der Ursprungstext ist schwarz geschrieben.

Friedenslogik wird diffamiert

Von Johanna Henkel-Waidhofer | Datum: 27.04.2022

Über die mutige Berichterstattung aus Kriegsgebieten vom heimischen Schreibtisch aus zu beckmessern, das verbietet sich. Dringend notwendig ist jedoch, die schräge Tonlage zu beurteilen, die sich in Deutschland durch allzu viele mediale Kommentare, vor allem durch Interviews und Diskussionsrunden zieht.

Die Autorin schreibt zunächst, dass sie vom heimischen Schreibtisch aus nicht beckmessern will, aber die schräge Tonlage in Deutschland kritisieren möchte. Sie entwickelt hier schon ihre Ja-Aber-Argumentation (**verbietet sich notwendig ist jedoch**)

Zwei Schreiben, unterzeichnet von ehrenwerten Menschen. Die einen verlangen in ihrem Aufruf vom 18. März unter anderem "die Einstellung des Aufkaufs jeglichen Öls, Erdgases und anderer Rohstoffe aus Russland" sowie zugleich die Lieferung von auch schweren Defensiv- und bestimmten Offensivwaffen. Die anderen haben in dem offenen Brief an den Bundeskanzler ein ganz anderes Anliegen: "die **vorherrschende Kriegslogik durch eine mutige Friedenslogik** zu ersetzen und eine neue europäische und globale Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas zu schaffen, dank einer aktiven Rolle unseres Landes".

In diesem Abschnitt wird die eine Seite als mutig bezeichnet, die andere dadurch abgewertet. Was die Autorin unter Kriegslogik oder Friedenslogik versteht, führt sie nicht aus.

Aushängeschilder der ersteren, allen voran die frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck, **touren** durch die Talkshows, werben für Waffenlieferungen und ein **neues Zeitalter der Aufrüstung**, **bashen** den angeblich viel zu zögerlichen Olaf Scholz und kassieren jede Menge Applaus, wenn sie Führung verlangen – **ohne auch nur im Ansatz erkennen zu lassen, dass sie gewillt sind, darüber nachzudenken**, ob das Vorgehen des Kanzlers nicht doch bedächtig und wohlüberlegt sein

könnte. Die anderen ernten Schweigen oder machen die bittere Erfahrung kollektiver Hämie. Etwa wenn Sascha Lobo im "Spiegel" den Begriff "Lumpen-Pazifismus" erfindet oder Oliver Welke in der "heute-show" des ZDF den unermüdlichen Friedensaktivisten Jürgen Grässlin im Handumdrehen der Lächerlichkeit preiszugeben versucht.

Mit abfälligen Bemerkungen über Frau Beck und andere „Aushängeschilder“, die durch Talkshows „toure“ und den doch wohl „bedächtigen“ Bundeskanzler Scholz „bashen“ unterstellt sie diesen, dass sie nicht nachdenken über das, was sie an Scholz kritisieren. Wie die Kritik aussieht, wird nicht zusammenhängend geklärt, indem z.B. auf konkrete Äußerungen der Beteiligten eingegangen wird. Es reicht ihr einen Begriff wie „Lumpen-Pazifismus“ in den Raum zu stellen und die Heute-Show reicht auch als Assoziation der Unseriosität. Wie Herr Grässlin in der Heute-Show dargestellt wurde, analysiert sie nicht. M.E. wird hier in einer Satiresendung (sic!) eine berechtigte Kritik angebracht, nämlich, dass Herrn Grässlins Haltung, dessen friedenspolitische Aktivitäten und Aufklärungsarbeit ich ansonsten schätze, in Bezug auf diesen menschenverachtenden Angriffskrieg nicht sonderlich „menschenfreundlich“ spricht. Ich habe hier den Beitrag aus der Heuteshow in seinem Kontext verlinkt: <https://vimeo.com/706897280>

(Worterklärung zu bashen: schlechtmachen, schlagen, besiegen siehe:

<https://www.bedeutungonline.de/was-heisst-bashing-auf-deutsch-bedeutung-und-definition-erklart/> oder <https://www.netzwelt.de/abkuerzung/180596-bedeutet-bashen-bedeutung-verwendung.html>).

Marieluise Beck (* [25. Juni 1952](#) in [Bramsche](#)) ist eine [deutsche Politikerin](#) von [Bündnis 90/Die Grünen](#). Sie war bis 2017 [Mitglied des Bundestags](#) und Sprecherin ihrer Fraktion für Osteuropapolitik. Von 2002 bis 2005 hatte sie den Posten der [parlamentarischen Staatssekretärin](#) bei der [Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#) ([Renate Schmidt](#)) übernommen und arbeitete von 1998 bis 2005 als [Ausländerbeauftragte der Bundesregierung](#). Seit dem 17. Februar 2006 ist sie mit ihrem langjährigen Lebensgefährten, dem Grünen-Politiker und von 2001 bis 2017 Vorstand der [Heinrich-Böll-Stiftung](#), [Ralf Fücks](#), verheiratet, mit dem sie zwei Töchter hat. Mit ihm gründete sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag und dem Ende seiner Amtszeit als Stiftungs-Vorstand am 15. November 2017 das [Zentrum Liberale Moderne](#).

Ehrungen

- 1995: Ehrenbürgerin der bosnischen Stadt [Lukavac](#)
- 1996: [Verdienstkreuz am Bande](#) der Bundesrepublik Deutschland
- 2008: *Regine-Hildebrandt-Preis* für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut
- 2011: Solidaritätspreis für Belarus
- 2016: *Ramer Award for Courage in the Defense of Democracy*^[13]
- 2017: [Orden der Prinzessin Olga](#) Dritte Klasse
- 2018: Ehrenmitgliedschaft im Regionalen Verband der ehemaligen Ghetto- und KZ-Überlebenden in Odessa

Aus: Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Marieluise_Beck

Auftrumpfen dient weder Wahrheit noch Frieden

Das Niveau der Debatte lässt zu wünschen übrig. So wird die völlig richtige und nahezu einhellige Verurteilung des mörderischen russischen Überfalls auf den viel kleineren und schwächeren

Nachbarn *begleitet von einem ähnlich einhelligen Beschweigen ukrainischer Defizite, Stichworte: Korruption und Nationalismus*. Werden die auch nur gestreift, wie am Wochenende von Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) mit Blick auf einen beschleunigten EU-Beitritt, wird über solche Einwände hinweggegangen – unter Benutzung von Formulierungen, mit denen ZweiflerInnen gegenwärtig belegt werden: Er irritiere, Sorge für Verwunderung, unterstütze den russischen Angriffskrieg.

Es ist nicht der Fall, dass keine Kritik an den demokratischen Defiziten in der Ukraine besteht. Hier nochmals ein Link zu Herrn Schallenberg ([Alexander Schallenberg – Wikipedia](#)), dessen Einwände sicherlich aus seiner konservativen, putinfreundlichen Grundhaltung kommen. Auf diesen offensichtlichen Trumpfbefürworter sich zu beziehen, halte ich nicht für sehr geglückt.

Dazu ist Auftrumpfen angesagt. Es wird endlich mal abgerechnet mit jenen naiven, weltfremden und speziell in der SPD-Linken zu findenden ZeitgenossInnen, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht begreifen konnten oder wollten, was für ein Monster da in Moskau an der Macht war und wie verfehlt jegliche Kooperation mit ihm war. In Wahrheit waren die deutsch-russischen Beziehungen in den vergangenen Jahren insgesamt mitnichten feindselig. Dennoch findet heute allenfalls am Rande der warme Empfang Erwähnung, den der Deutsche Bundestag in seiner Gesamtheit im Herbst 2001 Putin zuteilwerden ließ.

Es ist sehr verwunderlich, dass sie sich auf das Jahr 2001 bezieht. Wir sind im Jahr 2022. Dazwischen ist einiges passiert und vor allem die SPD und die Regierung Merkel haben sich nicht korrekt verhalten oder waren „naiv“. Ich möchte hier auf folgenden Artikel in der SZ verweisen: [spd-system-putin.pdf \(wordpress.com\)](#).

Demselben hohen Gast, der eineinhalb Jahre zuvor die tschetschenische Hauptstadt Grosny in Schutt und Asche gelegt hatte, ohne dass Medienwelt und etablierte Politik hierzulande die Alarmglocken anhaltend läuten ließen. Ebenso wenig bei seinen folgenden Sündenfällen, von Georgien bis Syrien und Donbass. Oder als immer weiter unbequeme Mutige aus dem Weg geräumt wurden: von Anna Politkowskaja, die unter anderem russische Schandtaten in und um Tschetschenien aufdeckte und 2006 in Moskau vor ihrer Wohnungstür ermordet wurde, bis zum Putin-Kritiker Boris Nemzow, der neun Jahre später auf der Großen Moskwa-Brücke erschossen wurde – in Rufweite zum Kreml.

Die Argumentation gerät hier ziemlich ins Widersprüchliche. Selbstverständlich hat die westliche Welt versagt im Angesicht der Verbrechen, die Putin von Anfang an begangen hatte. Dies aber als Argument anzuführen, wenn die Presse heute dieses anklagt und vor allem die Haltung vieler SPD-Politiker in den Blick nimmt, ist nicht nachvollziehbar. Sehr wohl kritisierten vor allem die Grünen das Verhalten von Regierung und besonders von SPD-Politiker*innen in Bezug auf Nordstream 2.

Ich werde das Folgende nicht mehr im einzelnen würdigen.

Der Grundtenor bleibt gleich: In diesem Krieg gebe es 2 Parteien, die zum Frieden veranlasst werden sollten. Die Form von Herrn Melnijks Auftreten halte ich auch für höchst kritikabel, aber dadurch diese beiden Parteien in einen Topf zu werfen und nicht deutlich zwischen Aggressor und berechtigter Gegenwehr zu unterscheiden, ist nicht statthaft. Der Ukraine wurde der Krieg aufgezwungen. Zynisch mutet mich der Verweis auf die unverteidigten Städte an, denn die Städte, die sie anführt, beziehen sich auf tatsächlich verlorene Kriegssituationen. Ebenfalls von einem nebulösen Sieg der Ukraine zu sprechen, halte ich für nicht statthaft.

Wie wäre es mal mit Zwischentönen und Argumenten?

Wer in die Archive steigt auf der Suche nach Appellen an IOC und NOK, doch Abstand zu nehmen von einer Teilnahme an den Olympischen Spielen in Sotschi, wird nicht fündig werden. Ebenso wenig nach wegweisenden, offensiv begründeten Unternehmens-Entscheidungen, in den vergangenen 15 Jahren gerade nicht in Russland zu investieren. Stattdessen gingen keineswegs nur damalige Bundesregierungen regelmäßig zur Tagesordnung über, sondern mit ihnen Oppositionsparteien, Vorstandsetagen und Redaktionen. Dieselben Akteure, von der FAZ bis zur CDU, machten über viele Jahre hinweg kein Geheimnis aus ihrem Stolz auf den bemerkenswert guten Draht, den Angela Merkel als einzige unter den westlichen StaatenlenkerInnen zu dem russischen Präsidenten aufgebaut hatte und zu pflegen wusste.

Die Empörung in Zeitungsspalten und TV-Berichten seit inzwischen bald 70 Tagen lebt dazu von Denkfehlern. Wenn es sich tatsächlich um "Putins Krieg" handelt, wie die große Mehrheit der Medienwelt meint, wäre alles daran zu setzen, Keile zwischen ihn und seine Landsleute zu treiben, so schwierig dies auch sein mag. Stattdessen wird von einem nicht näher definierten Sieg der Ukraine geschrieben und gesprochen. Ein Meinungsaustausch über mögliche Verhandlungslösungen findet aber nicht statt. Stattdessen werden OstermarschiererInnen kurzerhand verunglimpft als russlandnah und jedenfalls nicht ganz von dieser Welt. Es ist, als hätten weite Teile der Gesellschaft nicht erst in, aber speziell infolge der Pandemie verlernt, Zwischentöne und Argumente zumindest in Ruhe anzuhören.

Das Friedenskonzept der unverteidigten Städte

Ein Beleg für die Schiefelage ist das Ausbleiben eines nennenswerten Echos auf einen Vorschlag, den Grässlin, Luc Jochimsen oder Konstantin Wecker in ihrem Schreiben an Olaf Scholz aufgenommen haben. Norman Paech, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Hamburg und früher mal Linken-MdB, will das 1907 in der Haager Landkriegsordnung definierte Konzept der "unverteidigten Städte" neu ins Gespräch bringen. Zu ihnen haben sich im Zweiten Weltkrieg viele Metropolen erklärt. In Artikel 25 wird "untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen".

In der Kriegslogik möge die Übergabe einer Stadt "als Feigheit vor dem Feind gelten, in der Friedenslogik ist es die Klugheit vor einem Gegner, mit dem man sich in einer verträglichen Form nach dem Krieg arrangieren muss, um der Menschen willen", schreibt Paech. Diese Haltung muss per se niemand teilen. Rotterdam oder Belgrad wurden im Zweiten Weltkrieg trotzdem von den Nazis niedergebombt. Viele Metropolen haben das Instrument genutzt, darunter Paris, Rom oder Athen. Das Thema zu diskutieren, wäre also des Schweißes der Edlen wert.

Dasselbe gilt für die Besinnung darauf, dass in diesem Krieg die Eskalation zumindest gebremst werden muss, wenn nicht irgendwann der nukleare Schlagabtausch zur ernsthaften Option werden soll. Und das mit allen Folgen für die Welt, die sich niemand ausmalen möchte. Oder darauf, dass es nicht zusammenpasst, einerseits Putins despotische Allmacht zu schildern und andererseits jeden Gedanken daran zu tabuisieren, dass selbst er früher oder später darauf angewiesen sein wird, einen Ausweg in Richtung Frieden oder zumindest Waffenstillstand einzuschlagen. Es liegt gar nicht zuletzt

an den Medien, ob in dieser Situation ein Klima im Westen herrscht, das die dann fälligen Verhandlungen noch denkbar sein lässt.

Interviews mit anklagendem Unterton

Klicks und Quote bringt allerdings anderes. Andrij Melnyk beispielsweise mit seinen maßlosen Verbalinjurien gegen alle, die er als nicht auf der Seite der Ukraine stehend einstuft, in einer Schärfe, die jedeN BotschafterIn in Friedenszeiten sogleich disqualifizieren würde für weitere Auftritte. Aber weil Krieg ist und weil allzu viele meinen, dass angesichts der Gräueltaten der Invasoren der Zweck die Mittel heiligt, kann Selenskyjs Mann in Berlin immerfort und auf allen Kanälen selbst mit plumpsten Übergriffen um sich schlagen.

Gegenwärtig matcht er sich mit Düsseldorfs Ex-OB Thomas Geisel. O-Ton Melnyk: "Das Schlimmste an diesem ekelhaften Vorstoß von SPD-Ex-OB ist, dass das, was dieser gotterbärmliche Putin-Verehrer ausspuckt, viel zu viele Genossen dasselbe Mindset wie Schröder, Gabriel & Co. teilen, nur Muffensausen haben, das offen zu sagen. Das ist eine Schande." Der Sozialdemokrat hätte das Verhetzungspotenzial seines Versuchs einer Einordnung über viele Absätze und zu möglichen Wegen aus dem Krieg erkennen müssen, vor allem drei Wochen vor einer Landtagswahl. Inakzeptabel ist die Wortwahl des undiplomatischen Diplomaten dennoch.

Aber Melnyk ist gerne gesehener Gast – vom "Morgenmagazin" bis "heute nacht" und vor allem in den sonntäglichen Magazinen aus Berlin, wo sich VertreterInnen der Regierungsfractionen im Wesentlichen im anklagenden Unter- und notorisch besserwisserischen Oberton zu ihrem unterstellten Versagen löchern lassen müssen. Nicht dass es kein vorwerfbares, auch moralisches Fehlverhalten gegenüber Putin gegeben hätte, allem voran die egomanischen Blindheiten des einstigen Medienlieblings Gerhard Schröder oder die kompasslose Geschäftigkeit des Außenministers Sigmar Gabriel. Trotzdem verirrt sich ein pseudo-kritischer Journalismus, wenn er es wie neuerdings üblich permanent darauf anlegt, PolitikerInnen vor laufenden Kameras das Eingeständnis persönlicher Fehltritte im Amt abzuwickeln. Oder sie in Interviews dazu zu drängen, endlich schwere Waffen zu liefern.

Und dann ist da noch das politische Kleingeld. Statt sich daran zu erinnern, wie SozialdemokratInnen, Grüne und sogar Linke in der Opposition immer mal wieder in Krisen oder bei äußerst schwierigen Entscheidungen zu Bundesregierungen aus Union und FDP standen, bekommt CDU-Chef Friedrich Merz zu viel Raum und zu viel Beifall für seinen Vorstoß im Bundestag, endlich also jene schweren Waffen zu liefern. Wäre sein Antrag erfolgreich, stünde das Ende der Ampelkoalition an – nebst Neuwahlen, und das in Zeiten wie diesen.

An der Front stirbt die Wahrheit

Dennoch bescheinigt die "Süddeutsche" dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden, einen "wunden Punkt" getroffen zu haben, und preist dies als "originäre Aufgabe der Opposition, die Regierung kritisch zu begleiten". Dabei ergäbe saubere Recherche, dass die verlangte Überstellung von Kampf- und Schützenpanzern jedenfalls beim vielzitierten Marder an der Munition scheitert. Denn die lässt

Rheinmetall in der neutralen Schweiz fertigen, was deren Export schlicht verbietet. Eine Umfrage auf Stuttgarts Königstraße übrigens, worum es sich bei schweren Waffen eigentlich handelt, würde ohne Zweifel eine mehr oder weniger kollektive Unwissenheit zutage fördern, was aber flammende Bekenntnisse zu deren Lieferung sicher nicht hindern würde. An der Front stirbt die Wahrheit. Und hierzulande die Bereitschaft, sich gerade nicht mit Scheingewissheiten zufrieden zu geben.

<https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/578/friedenslogik-wird-diffamiert-8154.html>,
entnommen am 5.5.2022

Fazit:

Die Autorin vertritt im allgemeinen vertretbare Ansichten. Ohne die jeweilige **konkrete Situation** zu beachten, vergleicht sie unterschiedliche Situationen, z.B. eine Verteidigungssituation wie bei den Ukrainern mit der Angriffssituation wie bei den Russen und misst sie mit den gleichen Maßstäben. Dies ist argumentativ nicht statthaft, **eine Ideologie oder Prinzip ohne Ansehung der jeweiligen Situation anzuwenden, wird der Realität nicht gerecht**. Pazifismus ist nicht das Aufgeben von Widerstand gegen einen Aggressor, Gandhi konnte friedlich widerstehen, der Aggressor, die Briten, waren in der Defensive. Die Ukrainer können dies nicht, der Aggressor Russland, wendet alle Mittel an und begeht Kriegsverbrechen.